

Staatskanzlei

Kommunikation

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
kommunikation@sk.so.ch
so.ch

Medienmitteilung

Regierungsrat beantragt Verpflichtungskredit für Lancierung eines Programms zur Früherkennung von Darmkrebs

Solothurn, 20. Dezember 2022 – Durch Screenings kann Darmkrebs in Frühstadien entdeckt werden, die geheilt werden können. Der Regierungsrat will darum im Kanton Solothurn ab 2023 ein Darmkrebs-Früherkennungsprogramm lancieren. Er beantragt beim Kantonsrat einen Verpflichtungskredit von 4,825 Millionen Franken.

Dickdarmkrebs gehört zu denjenigen Krebsarten, die im Vorkrebs-Stadium erfasst werden können. Dabei handelt es sich vor allem um Polypen im Darm. Wenn er rechtzeitig erkannt wird, ist Darmkrebs heilbar. Es ist wissenschaftlich bewiesen, dass die Anzahl der Todesfälle dank eines Screenings halbiert werden können.

Unter Vorbehalt der vertraglichen Einigung und des Finanzierungsbeschlusses durch den Kantonsrat erteilt der Regierungsrat der Krebsliga beider Basel (KLBB) den Auftrag zur Einführung und zum Betrieb eines Früherkennungsprogramms Darmkrebs ab 2023 im Kanton Solothurn. Der Regierungsrat beantragt einen Verpflichtungskredit für die Jahre 2023 – 2032 von 4,825 Millionen Franken.

Zielgruppe wird zu einem freiwilligen Screening eingeladen

Das Screening-Programm wird unter Einbezug von Hausärztinnen und Hausärzten, Apothekerinnen und Apothekern umgesetzt. Teilnahmeberechtigt sind Personen im Alter von 50 – 69 Jahren mit Wohnsitz im Kanton Solothurn.

Diese werden mit einem Einladungsbrief zum Screening eingeladen. Die Teilnahme ist freiwillig. Teilnehmende Personen wählen zwischen zwei Screening-Methoden aus: Stuhltest alle zwei Jahre (Blut im Stuhl) oder Darmspiegelung alle zehn Jahre. Die Entscheidung für ein Screening sowie für die Screening-Methode wird von den Teilnehmenden gemeinsam mit der Hausärztin oder dem Hausarzt gefällt. Apotheken bieten ebenfalls Stuhltests und Beratungen an.

13 Kantone führen bereits Darmkrebs-Früherkennungsprogramme durch (Jura, Bern, Neuenburg, Waadt, Genf, Fribourg, Wallis, Luzern, Uri, Tessin, Graubünden, St. Gallen und Basel-Stadt). Im Kanton Basel-Landschaft ist die Einführung im Jahr 2023 vorgesehen.

Weitere Auskünfte

Dr. med. Yvonne Hummel, Kantonsärztin, Tel. 032 627 93 74

gesundheitsamt@ddi.so.ch